

Die Causa zu Guttenberg und die öffentliche Wahrnehmung wissenschaftlicher Politikberatung

Philipp Schrögel

Kernaussagen

Die in der Öffentlichkeit, den Medien, der Wissenschaftswelt und der Politik intensiv und lange geführten Diskussionen zu der Plagiatsaffäre des ehemaligen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg haben sich vornehmlich auf zwei Systeme und die Bedeutung der Affäre dafür konzentriert: Wissenschaft und Politik. Dies sind zwar – alleine schon dem Namen nach – zwei wesentliche Aspekte wissenschaftlicher Politikberatung, aber ein wichtiger Punkt darf bei der Bemessung der Bedeutung der Causa Guttenberg nicht außer Acht gelassen werden: Die Wirkung des politischen Umgangs mit wissenschaftlicher Arbeit auf das System Öffentlichkeit. Zwar wurde für die beiden genannten Systeme jeweils einzeln auch ein möglicher Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber der Öffentlichkeit thematisiert, aber die Überschneidung beider Bereiche birgt zusätzliche Gefahren für die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Politikberatung.

1 Aus Sicht der Wissenschaft

Unter rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten hat zu Guttenberg „die Standards guter wissenschaftlicher Praxis evident grob verletzt“ (Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ der Universität Bayreuth, 2011, S. 13). Auch wenn die Kommission zur Frage der wissenschaftlichen Qualität und Bewertung der Arbeit mit der Höchstnote „summa cum laude“ nur Zweifel anmerkt, aber auf die individuellen Fächerkulturen und Methodologien verweist und kein abschließendes Urteil fällt, darf davon ausgegangen werden, dass die Bedeutung der Dissertation für die Wissenschaft als Ganzes eher gering ist. Im Vergleich zu anderen Fällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens, wie den Fälschungen des südkoreanischen Klon-Spezialisten Woo Suk Hwang (Nature News, 2006) oder den Fällen in der Liste der „Top Wissenschaftsskandale 2011“ des Magazins The Scientist (Ghose, 2011), welche die Rücknahme vieler weiterer Veröffentlichungen und Überarbeitung wissenschaftlicher Annahmen in anderen Projekten nach sich zogen, ist die fachliche Auswirkung der Aufdeckung der Plagiate in der Guttenberg'schen Arbeit eher geringfügig.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass damit nicht die Bedeutung der Wissenschaft im juristischen Fachgebiet an sich in Abrede gestellt werden soll. Die steigt sogar in Zeiten, in denen politische Entscheidungen zunehmend richterlich geklärt werden anstatt im politischen Diskurs, wie der damalige Bundes-

präsident Horst Köhler 2010 festgestellt hat (RP ONLINE, 2010). Aber der in den wissenschaftspolitischen Debatten zum Fall heraufbeschworene Niedergang des deutschen Wissenschaftssystems ist eher nicht zu befürchten, auch wenn der Anlass sicherlich viele wichtige und überfällige Diskussionen innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft angestoßen hat. So wurde aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft heraus bereits der Ansehensverlust beklagt, dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch den Fall Guttenberg zunehmend ausgesetzt sind. Der offene Brief, den viele tausend Doktorandinnen und Doktoranden mit unterzeichnet haben, und der viel zur öffentlichen Debatte beigetragen hat, sieht im Umgang der Politik mit dem Fall „eine Verhöhnung aller wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie aller Doktorandinnen und Doktoranden, die auf ehrliche Art und Weise versuchen, ihren Teil zum wissenschaftlichen Fortschritt beizutragen“ (Bunde et al. 2011).

2 Aus Sicht der Politik

Rein vom Blickwinkel der Politik aus betrachtet, haben die Plagiatsaffäre und der anschließende politische Fall des zuvor in vielen Kreisen bereits als nächster Bundeskanzler gehandelten Karl Theodor zu Guttenberg sicherlich Spuren im (werte-)konservativen Image der Christdemokraten und Christsozialen hinterlassen - gerade da zu Guttenberg die Wahrung traditioneller Werte in der heutigen politischen Landschaft als sein Markenzeichen erkoren hat und auf seiner Homepage verkündete: „Verantwortung bedeutet vor allem Verpflichtung, Vertrauen und Gewissen“ (zitiert nach: von Becker, 2011). Aber abgesehen davon, dass die Unterstützerinnen und Unterstützer zu Guttenbergs in der Plagiatsaffäre eine rein politisch motivierte Kampagne sahen und diesen Widerspruch daher nur eingeschränkt Bedeutung beigemessen haben, ist die Dimension des Skandals im politischen Umfeld eher gering. In der Vergangenheit gab es weitaus gravierendere Skandale und Verfehlungen von hochrangigen Politikerinnen und Politikern mit weitreichenderen Konsequenzen, ob beispielsweise die Bartsch-Affäre oder die Spiegel Affäre von Franz Josef Strauß. Selbst in den USA, wo der persönlichen Integrität und Vorbildfunktion von Politikerinnen und Politikern eine noch höhere Bedeutung beigemessen wird, war die Reaktion auf den Umgang mit der Causa Guttenberg eher von Unverständnis geprägt. Der Beitrag zum Vertrauensverlust in die Politik als solche durch die Plagiatsaffäre von zu Guttenberg dürfte durch die gegenwärtigen finanz- und sozialpolitischen Spannungsfelder und grundsätzlichen Diskussionen um

direkte Bürgerbeteiligung und die Zukunft der repräsentativen Demokratie eher im Hintergrund stehen.

Aber der Umgang mit wissenschaftlicher Arbeit durch die Politik, der sich im Verlauf der Causa Guttenberg in verschiedensten Reden und Stellungnahmen offenbart hat, hat ernste Konsequenzen für den gesellschaftlichen Diskurs. So leistet die Verharmlosung und Beschönigung des wissenschaftlichen Fehlverhaltens im Fall Guttenberg durch Politikerinnen und Politiker, wie zum Beispiel Volker Bouffier, den hessischen Ministerpräsidenten, der verkündete „es gebe in Deutschland andere Probleme als Fußnoten“ (zitiert nach Steinfeld, 2011) sowie die Kritik an Guttenberg als rein politisch motiviertes Vorgehen ohne tatsächliche Basis dem Schwinden der Anerkennung für wissenschaftliche Standards in der Öffentlichkeit weiter Vorschub.

3 Aus Sicht der Politikberatung

In allen Modellen für wissenschaftliche Politikberatung ist fundierte und korrekte wissenschaftliche Arbeit eine Kernvoraussetzung, unabhängig davon welche Interessen die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler selbst verfolgt. Im offenen Brief der Doktorandinnen und Doktoranden wird treffend festgestellt: „Bei der Beachtung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis geht es nicht um „Fußnoten“, nicht um Kinkerlitzchen, die angesichts größerer politischer Probleme vernachlässigenswert sind. Es geht um die Grundlagen unseres Arbeitens und Vertrauenswürdigkeit.“ (Bunde et al., 2011, S. 1). Wenn diese Grundlagen aber wegbrechen, schwindet auch die Legitimationsbasis von Expertenrat gegenüber der Öffentlichkeit. Auch wenn „die Bundeskanzlerin erklärte, sie haben einen Verteidigungsminister und keinen wissenschaftlichen Mitarbeiter berufen“ (zitiert nach Steinfeld, 2011) mag dies zwar dem Wortlaut nach korrekt sein, aber die Äußerung kann den Eindruck erwecken dass wissenschaftliche Standards im politischen Alltag keine Rolle spielen.

Im Rahmen der Debatten zum Klimawandel war und ist bereits zu beobachten, dass längst nicht mehr nur politische Diskussionen zu verschiedenen Interpretationen der wissenschaftlichen Grundlagen geführt werden, sondern die Wissenschaft an sich angegriffen wird. Exemplarisch dafür steht der sogenannte „Climategate“ Vorfall. Kurz vor der dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 wurde der Server der Climatic Research Unit an der Universität von East Anglia gehackt und mehrere tausend Emails der Forscherinnen und Forscher im Internet veröffentlicht. Aufgrund einiger Formulierungen in diesen Emails wurde von Kritikerinnen und Kritikern umgehend der Vorwurf laut, die Forscherinnen und Forscher würden Daten manipulieren, um den (menschlich verursachten) Klimawandel fälschlicherweise zu belegen. Dieser Vorwurf - zusammen mit der damit verbundenen Diskreditierungen der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler - wurde von den Medien breit gestreut. Auch wenn im Folgenden mehrere Untersuchungen, darunter eine durch das Komitee des Parlaments für Wissenschaft und Technologie und einen offiziellen Bericht der Regierung, zu dem Ergeb-

nis kamen, dass sich die beteiligten Forscher nichts zu Schulden kommen lassen haben (Lewandowsky, 2011), war die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der Wissenschaft als zuverlässige Institution bereits beschädigt. Eine Untersuchung von Leiserowitz, Maibach, Roser-Renouf, Smith und Dawson (2010) in den USA hat gezeigt, dass der „Climategate“ Vorfall bei politisch konservativen Bürgerinnen und Bürgern (die dem Thema ohnehin kritisch gegenüberstehen) zu einem weiteren Verlust des Vertrauens in die Wissenschaft geführt hat. Dadurch wird ein faktenbasierter politischer Diskurs weiter erschwert.

Das System wissenschaftlicher Qualitätssicherung durch Peer-Reviews und gemeinsame Standards wird durch die Politisierung des wissenschaftlichen Diskurses zunehmend geschwächt. Für die jeweilige Seite passende Argumente und Ergebnisse werden akzeptiert, unpassende Ergebnisse werden als interessengeleitete Manipulationen und Fälschungen bezeichnet und abgelehnt. Schwindende Standards führen dazu, dass auch bloße Meinungen auf einer Ebene mit wissenschaftlichen Erkenntnissen in der öffentlichen Wahrnehmung konkurrieren. Die Liste der Themenfelder in denen das zu beobachten ist, ließe sich beliebig fortsetzen, von Mobilfunk über Energietechnologien bis hin zur Lebensmittelsicherheit. In diesem hochgradig ideologisierten und emotionalisierten Diskurs verliert die Bevölkerung zunehmend das Vertrauen in wissenschaftlichen Rat als rein fachlich motivierte Einschätzung, noch dazu wenn Politikerinnen und Politiker wissenschaftliches Fehlverhalten wie im Fall Guttenberg verharmlosen.

Dabei steigt gerade jetzt, da Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen eingefordert und umgesetzt wird, die Bedeutung fundierter wissenschaftlicher Öffentlichkeitsberatung als Entscheidungsgrundlage. Wenn auch bei den zunehmend komplexen und wissenschaftlich und technisch anspruchsvollen Themen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und zielführend in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollen, sind manipulierender wissenschaftlicher Populismus und öffentliche Schlammschlachten mit vorgeblich wissenschaftlichen Argumenten fehl am Platze. Dazu bedarf es einer transparenten und fairen Diskussion, die wissenschaftliche Erkenntnisse, politische Ziele und gesellschaftliche Bedürfnisse zusammenführt. Möglichkeiten dazu gibt es: durch Prozesse zur gemeinsamen Faktenklärung („Joint Fact Finding“) unter Einbeziehung aller Stakeholder-Gruppen kann auch in strittigen und emotionalen Themenfeldern eine gemeinsame Faktenbasis als Grundlage zur Diskussion der Interpretationen und Implikationen der wissenschaftlichen Ergebnisse geschaffen werden (Karl, Susskind, Wallace, 2007). Aber dies erfordert ein gemeinsames Bekenntnis und Anerkennen der Standards wissenschaftlicher Arbeit. Schöne-Seifert (2011) hat für die Wissenschaft bereits die Forderung aufgestellt: „In die nicht-akademische Öffentlichkeit müssen Natur und Wert wissenschaftlicher Ehrlichkeit sowie die ihrem Schutz dienenden Maßnahmen besser kommuniziert werden.“ Genauso muss aber die Politik diesen Wert aner-

kennen, vorbehaltlos zu ihm dazu stehen und damit ein klares Bekenntnis gegenüber der Öffentlichkeit kommunizieren. Nur dann kann wissenschaftliche Politikberatung weiterhin einen nötigen und wichtigen Beitrag zum Begegnen der zukünftigen Herausforderungen leisten.

Quellen

Bunde, T., Fliegauf, M.T., Klöpfer, H., Mirow, W., Staemmler, J., Tretin, F., & Wihl, T. (2011, 24. Februar). *Offener Brief vom 24. Februar 2011*. Veröffentlicht online: <http://offenerbrief.posterous.com/offener-brief-vom-24-februar-2011>

Ghose, T., (2011). *Top Science Scandals of 2011*. The Scientist. Veröffentlicht online: <http://the-scientist.com/2011/12/19/top-science-scandals-of-2011>. (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

Karl, H., Susskind, L., & Wallace, K. (2007). A Dialogue, not a Diatribe – Effective Integration of Science and Policy through Joint Fact Finding. *Environment* 49(1), 20–34

Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ der Universität Bayreuth (2011, 5. Mai). *Bericht an die Hochschulleitung der Universität Bayreuth aus Anlass der Untersuchung des Verdachts wissenschaftlichen Fehlverhaltens von Herrn Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg*. Veröffentlicht online: http://www.uni-bayreuth.de/presse/Aktuelle-Infos/2011/Bericht_der_Kommission_m__Anlagen_10_5_2011_.pdf (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

Lewandowsky, S. (2011, 23. November). *Attacks on climate scientists are the real 'climategate'*. Veröffentlicht online: <http://www.guardian.co.uk/environment/blog/2011/nov/23/attacks-climate-scientists-real-climategate> (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

Leiserowitz, A., Maibach, E., Roser-Renouf, C., Smith, N., & Dawson, E. (2010). *Climategate, Public Opinion, and the Loss of Trust*. Veröffentlicht bei SSRN online (2. Juli 2010): <http://ssrn.com/abstract=1633932> oder <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.1633932> (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

Nature News. (2006, 11. Januar). *Specials: Woo Suk Hwang*. Veröffentlicht online: <http://www.nature.com/news/specials/hwang/index.html> (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

RP ONLINE (2010, 14. Mai). *Köhler kritisiert Vielzahl an Verfassungsklagen*. Veröffentlicht online: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/koehler-kritisiert-vielzahl-an-verfassungsklagen-1.2294329> (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

Schöne-Seifert, B. (2011). Wissenschaftsethik für Mediziner – Lehren aus der Causa zu Guttenberg? *Ethik in der Medizin* 23(2), 89–91. doi: 10.1007/s00481-011-0132-1

Steinfeld, T. (2011, 24. Februar). Guttenberg und die Plagiatsaffäre – Die verachtete Wissenschaft. Veröffentlicht online: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/guttenberg-und-die-plagiatsaffaere-die-verachtete-wissenschaft-1.1064590> (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).

von Becker, P. (2011, 20. Februar). *Hat Guttenberg seine Doktorarbeit schreiben lassen?*. Veröffentlicht auf: <http://www.zeit.de/politik/2011-02/guttenberg-ghostwriter> (Zuletzt abgerufen 23. März 2012).



Philipp Schrögel lehrt am Zentralinstitut für Angewandte Ethik und Wissenschaftskommunikation in Erlangen und arbeitet als Juniorberater bei der IFOK GmbH. Er studierte Physik und Public Policy an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Harvard. Seine Forschungsschwerpunkte sind Science Policy und Partizipation im Wissenschaftsbereich. E-Mail: philipp.schroegel@ziew.uni-erlangen.de



Gesetzgebungsoutsourcing

Gesetzgebung durch Rechtsanwälte?

Herausgegeben von Michael Kloepfer

2011, 196 S., brosch., 49,- €, ISBN 978-3-8329-6916-5

(Gesetzgebung und Verfassung, Bd. 1)

Die Beteiligung von Rechtsanwälten an der Gesetzgebung sind seit dem Bundestagswahlkampf 2009 in aller Munde. Aber schon länger wirken Externe beim Verfassen von Normtexten mit. Der Band widmet sich sowohl den grundlegenden Fragen der Beteiligung von Dritten bei der Normsetzung, als auch konkreten Beispielen aus der Gesetzgebungswirklichkeit.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14008



Nomos